

BmG-Infobrief 02/2025

Burgwedel, den 15. April 2025

Frühjahrgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute

*Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihr **Frühjahrgutachten** mit dem Titel „**Geopolitischer Umbruch verschärft Krise – Strukturreformen noch dringlicher**“ vorgelegt.*

Darin erwarten sie für Deutschland im Jahr 2025 eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Schwächephase. Entsprechend dürfte das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** in diesem Jahr nach dem Vorjahresrückgang von -0,2 % mit **real +0,1 %** nahezu stagnieren. Dabei wirkt u.a. die US-Handelspolitik belastend, die deutsche Wirtschaft leidet aber weiter auch an strukturellen Herausforderungen. Für das kommende Jahr wird – insbesondere bedingt durch die expansivere Finanzpolitik (u. a. Infrastruktur-Sondervermögen) – ein BIP-Zuwachs von real +1,3 % erwartet. Zusätzliche Risiken würden sich durch eine weitere Verschärfung der Handelskonflikte ergeben.

- Die **Binnennachfrage** wird sich im Prognosezeitraum heterogen entwickeln. Die Dynamik des **privaten Konsums** wird voraussichtlich schwach bleiben (2025 / 2026: +0,5 % / +0,7 %), da die real verfügbaren Einkommen weniger stark steigen werden. Die **Ausrüstungsinvestitionen** dürften nach deutlichen Rückgängen 2024 auch in diesem Jahr noch einmal sinken (-1,3 %), bevor 2026 die starke Ausweitung der Verteidigungsausgaben sowie zunehmend auch die langsam wieder wachsende Wertschöpfung in der Industrie für eine Trendumkehr sorgt (+4,0 %).
- Der **Außenhandel** dürfte verstärkt unter der US-Zollpolitik leiden. Entsprechend gehen die Institute für 2025 von einer Fortsetzung des Exportrückgangs aus; die Ausfuhren dürften um real -2,7 % zurückgehen. Dabei ist eine mögliche weitere Eskalation der globalen Handelskonflikte nicht berücksichtigt. Für 2026 wird – ausgehend von einer anziehenden Nachfrage auf den europäischen Absatzmärkten – eine leichte Erholung um +1,5 % erwartet.
- Bei den **Verbraucherpreisen** geht das Frühjahrgutachten von einer leichten Abschwächung des Anstiegs aus: Zwar werden die Zollpolitik und die höheren Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur für sich genommen den gesamtwirtschaftlichen Preisauftrieb verstärken, auf der anderen Seite stehen aber nachlassende Preise für Dienstleistungen. Die Institute erwarten für 2025 bzw. 2026 einen Zuwachs des Verbraucherpreisindex von +2,2 bzw. +2,1 %.
- Die Lage am **Arbeitsmarkt** hat sich zuletzt verschlechtert. Dabei war auch ein Kapazitätsabbau in der energieintensiven Industrie spürbar. Die Zahl der Arbeitslosen ist seit Mitte des Jahres 2022 um über 450.000 Personen gestiegen, die Arbeitslosenquote hat von 5,4 auf 6,3 % zugenommen. Der Abbau von Arbeitsplätzen findet vor allem im Verarbeitenden Gewerbe statt. In den kommenden Monaten dürfte die Arbeitslosigkeit weiter steigen. Erst im Zuge der Belebung der



**Fachvereinigung
Betonbauteile
mit Gitterträgern**

Raiffeisenstraße 8
30938 Großburgwedel
Tel. 05139 9599-30
Fax 05139 9994-51
www.fachvereinigung-bmg.de
info@fachvereinigung-bmg.de

DEUTSCHE
BETONBAUTEILE
solid
UNIT

wirtschaftlichen Aktivität im Verlauf des kommenden Jahres ist mit einer sinkenden Arbeitslosigkeit zu rechnen.

- Bei der **Baukonjunktur** sehen die Institute unter dem Titel „**Grundstein gelegt – aber Erholung der Bauinvestitionen braucht Zeit**“ Anzeichen einer Stabilisierung:

„Die **Bauinvestitionen sind nun vier Jahre in Folge rückläufig**. Der Anstieg im vierten Quartal ist vor allem auf eine starke Entwicklung im Wirtschaftsbau (2,6 %) und eine moderate Ausweitung des Wohnbaus zurückzuführen (0,8 %), während der öffentliche Nichtwohnbau leicht rückläufig war (-0,2 %). Dabei überzeichnete die milde Witterung am Jahresende die konjunkturelle Dynamik.

Für das erste Quartal 2025 rechnen die Institute mit einem weiteren Rückgang der Bauinvestitionen um 0,4 %. Im Januar 2025 lag die Bauproduktion zwar über dem Niveau des Vorquartals, jedoch war die Kapazitätsauslastung in den ersten drei Monaten des Jahres niedriger als im Vorquartal. Auch die Geschäftslage im Baugewerbe wurde trotz einer leichten Aufhellung im März weiterhin überwiegend negativ eingeschätzt (-11,9 Saldenpunkte), und die Unternehmen berichten nach wie vor häufig über fehlende Aufträge. Zudem beeinträchtigten ungünstige Witterungsbedingungen, insbesondere im Februar, die Bautätigkeit im Tiefbau. **Im weiteren Prognoseverlauf dürfte die Baurezession aber allmählich überwunden werden.**

Die Auftragseingänge im **Wohnungsbau** sind in der Tendenz seit drei Quartalen aufwärtsgerichtet und legten im Januar sogar deutlich zu. Zugleich stieg das Transaktionsvolumen am Immobilienmarkt. Die Baugenehmigungen waren zum Jahreswechsel deutlich aufwärtsgerichtet und beendeten damit den seit 2021 andauernden Abwärtstrend. Die Erholung dürfte allerdings nur langsam an Fahrt gewinnen. Der Nachfrage-mangel bei Wohnungsbauunternehmen bleibt laut ifo-Konjunkturumfragen weiterhin ausgeprägt. Außerdem hat die Aussicht auf eine höhere Kreditaufnahme des Staates an den Kapitalmärkten bereits im März zu einem **Anstieg der Hypothekenzinsen** geführt, was seinerseits die Erholung zum Ende des Prognosezeitraums dämpfen dürfte.

Der **öffentliche Bau** wird die Bauinvestitionen im Prognosezeitraum stützen. Besonders im **Tiefbau sind die Auftragsbücher nach wie vor gut gefüllt**. Infolge der expansiven Finanzpolitik, nicht zuletzt durch den **Abfluss von Mitteln aus dem Sondervermögen für die Infrastruktur**, dürfte die öffentliche Hand für einen weiteren Anstieg im kommenden Jahr sorgen. Eine spürbare Ausweitung der Kapazitäten der Bauwirtschaft in diesem Bereich ist im Prognosezeitraum jedoch nicht zu erwarten, da entsprechende Anpassungsprozesse typischerweise längere Zeit in Anspruch nehmen. Die erhöhte Nachfrage dürfte folglich zu einem Anstieg der Kapazitätsauslastung führen. Diese lag im ersten Quartal bei durchschnittlich 71 %. Im Prognosezeitraum dürfte das bislang beobachtete Auslastungsmaximum von 78 % erreicht werden. Dies dürfte seinerseits mit einer **verstärkten Preisdynamik** einhergehen. Ein Teil der nominalen Zusatzinvestitionen des Staates dürfte folglich nicht zu einer Erhöhung der Bautätigkeit, sondern der Gewinne und Löhne führen.

Der **Wirtschaftsbau** wird im Prognosezeitraum voraussichtlich im Einklang mit den privaten Investitionen in Ausrüstungen ausgeweitet werden. Mit dem Vorantreiben des **Ausbaus der Energienetze** sowie des **Glasfaser-ausbaus** sind auch im Wirtschaftsbau Impulse aus dem **Sondervermögen für die Infrastruktur** zu erwarten. Perspektivisch dürften die Kapazitäten allerdings zunehmend knapper werden. Im Tiefbau könnte in der Folge eine gewisse preisliche Verdrängung vom Wirtschaftsbau hin zum öffentlichen Bau stattfinden.

Nach drei Jahren kräftiger Preissteigerungen in Folge, in denen die Preise im Bau um 25 % zugelegt hatten, flachte der Anstieg infolge der geringen Nachfrage im Jahr 2024 ab. Der Deflator erhöhte sich jedoch immer noch deutlich um etwa 3 %. Seit Jahresbeginn sind die ifo-Baupreiserwartungen wieder positiv. Die knappen Kapazitäten im Tiefbau dürften die Preise ebenfalls treiben. Nach Einschätzung der Institute legen die **Baupreise** im Jahr 2025 um 2,3 % und im Jahr 2026 um 2,4 % zu.

Insgesamt rechnen die Institute aufgrund des schwachen Jahresauftakts mit einem **leichten Rückgang der Bauinvestitionen um 0,3% im laufenden Jahr. Im kommenden Jahr werden sie erstmals seit dem Jahr 2020 wieder steigen (2,5 %).**“

Die längerfristigen Nachfrageeffekte des Sondervermögens werden auch davon abhängen, inwiefern die geplanten Maßnahmen für die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie für das schnellere und günstigere Bauen realisiert werden. Mögliche Preiseffekte hängen auch davon ab, wie schnell die Kapazitäten an die zusätzliche Nachfrage angepasst werden können.

In ihren weiteren Überlegungen appellieren die Institute an die Politik, in den kommenden Jahren parallel zur Ertüchtigung der Infrastruktur und zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit umfassende Strukturreformen durchzuführen. Zur Beseitigung der strukturellen Wachstumsschwäche müssten u.a. die sozialen Sicherungssysteme demografiefest gemacht und Arbeitsanreize erhöht werden. Im Bereich der Energie- und Klimapolitik plädieren sie gegen Stromsubventionen und für Maßnahmen zur Senkung der Energieproduktionskosten sowie für die Stärkung des CO₂-Preises. Kurzfristige wirkende Partikularförderungen wie Subventionen für E-Autos oder Agrardiesel werden ebenso kritisch gesehen wie weitere Umverteilungsmaßnahmen wie die Ausweitung der Mütterrente.

Die Tabellen zu den Eckdaten der Prognose sowie zu den realen Veränderungen der Bauinvestitionen sind beigefügt. Das vollständige Gutachten finden Sie [unter diesem Link](#).

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt ¹	3,7	1,4	-0,3	-0,2	0,1	1,3
Erwerbstätige ² (1 000 Personen)	45 053	45 675	46 011	46 082	46 019	46 046
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 613	2 418	2 609	2 787	2 952	2 919
Arbeitslosenquote BA ³ (in %)	5,7	5,3	5,7	6,0	6,3	6,2
Verbraucherpreise ⁴	3,1	6,9	5,9	2,2	2,2	2,1
Lohnstückkosten ^{4,5}	-0,3	4,4	6,7	5,5	3,1	1,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁶						
In Mrd. Euro	-116,4	-84,9	-103,8	-118,8	-113,5	-144,2
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukt	-3,2	-2,1	-2,5	-2,8	-2,6	-3,2
Leistungsbilanzsaldo						
In Mrd. Euro	254,4	152,0	232,8	246,7	157,8	133,7
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukt	6,9	3,8	5,6	5,7	3,6	3,0

¹ Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

² Inlandskonzept.

³ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit).

⁴ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

⁵ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

⁶ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank;
2025 bis 2026: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2025

Bauinvestitionen

	2024	2022	2023	2024	2025	2026
	Anteile in %	Veränderung ggü. dem Vorjahr in %, preisbereinigt				
Wohnbauten	60,4	-4,3	-4,1	-5,0	-0,8	2,0
Nichtwohnbauten	39,6	-3,3	-2,3	-0,5	0,5	3,3
Gewerblicher Bau	24,2	-2,4	-4,1	-2,6	1,6	2,3
Öffentlicher Bau	15,4	-4,8	0,8	3,0	-1,3	4,9
Bauinvestitionen	100,0	-3,9	-3,4	-3,3	-0,3	2,5

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 bis 2026: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2025